

Newsletter 10/23, 31. Oktober 2023

Liebe Freundinnen und Freunde, sehr geehrte Damen und Herren,

wir stehen alle noch immer unter Schock: Der Terrorangriff der Hamas auf Israel vom 7. Oktober 2023 war abscheulich und menschenverachtend. Mehr als 1.200 Israelis - davon viele Kinder - wurden durch die Terrororganisation Hamas auf brutalste Art ermordet, über 3.000 Menschen verletzt und über 230 Geiseln nach Gaza verschleppt.

Die Sicherheit Israels ist Staatsräson, denn Deutschland hat aufgrund seiner Geschichte eine besondere Verantwortung gegenüber dem jüdischen Staat Israel. Die israelische Bevölkerung hat ein Recht darauf, frei von Terror, Angst und Gewalt zu leben und sich selbst zu verteidigen. Das Existenzrecht Israels ist unverhandelbar.

Es war der Hamas klar, dass Israel den brutalen Angriff mit einem Gegenangriff beantworten wird und muss. Wie die Berichte zeigen, hat sich die Hamas seit langer Zeit darauf vorbereitet, ein weit verzweigtes Tunnelsystem unter dem Gazastreifen angelegt, dort Vorräte, Waffen und Munition für Monate gelagert und Kommandozentralen unter Schulen und Krankenhäusern angelegt, um die Bevölkerung als menschliche Schutzschilde zu missbrauchen.

Wir sehen und hören die Berichte über die massiven Luftangriffe Israels auf das

Palästinensergebiet, die zahlreichen zu beklagenden Opfer der Zivilbevölkerung und das unbeschreibliche Leid - auch hier vieler Kinder. Auch das ist unerträglich!

Im Schatten der aktuellen Ereignisse im Nahen Osten steht der weiterhin tobende Angriffskrieg Russlands in der Ukraine, den wir ebenfalls keine Sekunde aus den Augen verlieren dürfen. Auch hier lassen täglich viele Menschen ihr Leben oder werden schwer verletzt.

Aus der „Vogelperspektive“: Für Russland, wie auch für China, ist die Situation im Nahen Osten ein weiteres Puzzleteil im globalen Konflikt mit dem Westen und auch der Iran hat ein strategisches Interesse an diesem Konflikt.

Gleichzeitig löst der Krieg zwischen den Hamas und Israel Demonstrationen in Europa aus. Antisemitische Einstellungen bahnen sich offen ihren Weg, auch in Deutschland. Es gilt unmissverständlich klarzumachen, dass denjenigen, die auf den Straßen Deutschlands Gewalt gegen Jüdinnen und Juden propagieren und den Angriff auf Israel bejubeln, mit der vollen Härte des deutschen Rechtsstaats begegnet wird.

Die Verherrlichung von Gewalt ist nicht durch die Meinungsfreiheit im Sinne des Grundgesetzes gedeckt.

"Unsere offenen demokratischen Gesellschaften sind Europas große Stärke. Offenheit macht aber auch verwundbar. Deswegen müssen wir den Anfängen wehren, wo immer sich Hass gegen Andersdenkende zeigt, ob im Netz oder auf unseren Straßen." (EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen)

Ihre

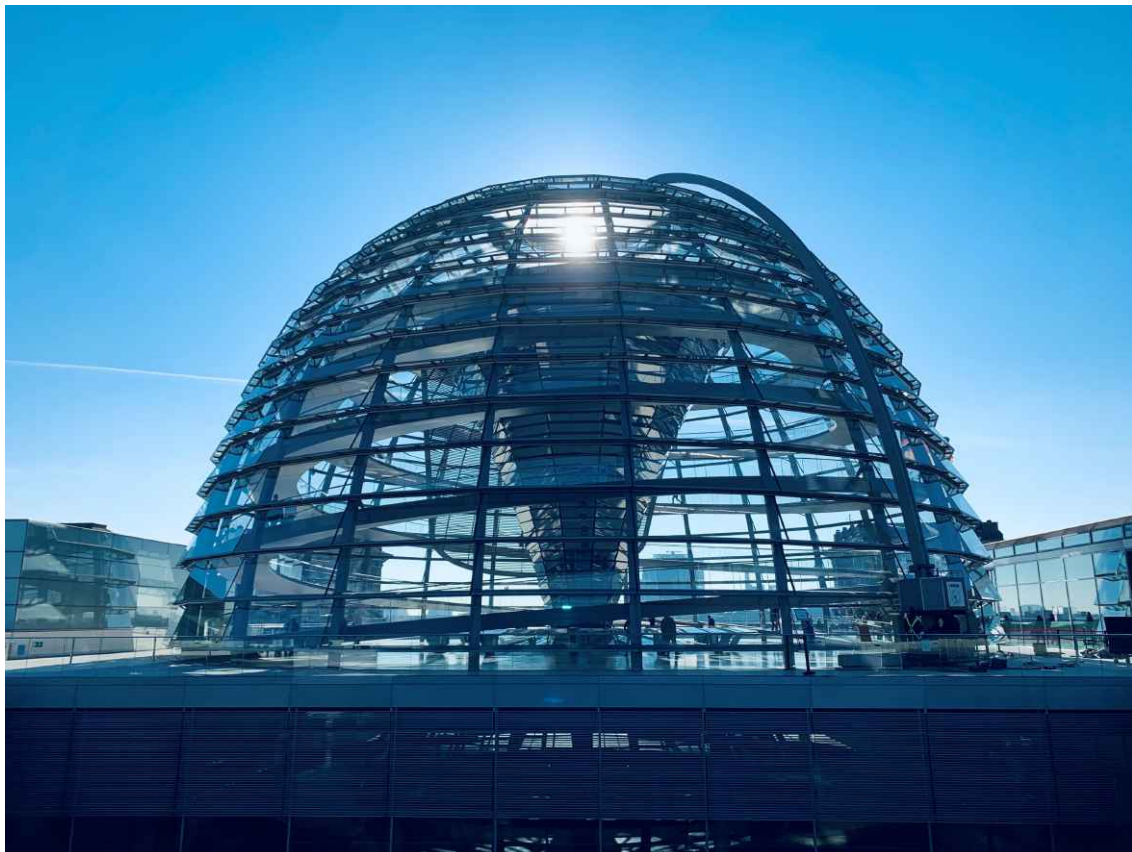


Meine 21. Rede im Bundestag

Meine 22. [Rede](#) im Plenum des Deutschen Bundestages hielt ich zum abschließenden Gesetzentwurf der Bundesregierung, die hochschulische Pflegeausbildung zu stärken. Ich machte deutlich, dass es vernünftig ist, hochschulisch ausgebildete Pflegekräfte selbständig und eigenverantwortlich erweiterte heilkundliche Tätigkeiten ausüben zu lassen. Dies aber auch für fachschulisch ausgebildete Pflegekräfte geregelt werden müsse, um auch hier Kompetenzen zu nutzen und attraktive Karrierewege zu ermöglichen. Die Änderung regule nur die Weiterbildungsoption durch die Bildungsträger. Es bleibe der rechtliche Regelungsbedarf, dass Ärztinnen und Ärzte diese erweiterten heilkundlichen Tätigkeiten abgeben können. Dies müsse - wie von Gesundheitsminister Karl Lauterbach auf dem Deutschen Pfl egetag angekündigt - in einem eigenen Gesetz zur Heilkundeübertragung umfassend geregelt werden.

Zudem bleibe das Problem, dass die jährlichen Kosten für die hochschulische Ausbildung von den Pflegeeinrichtungen weiterhin selbst zu tragen sind und dies an die Pflegebedürftigen weitergereicht wird. Hier brauche es eine Ausbildungsumlage, die aus der Vergütung der allgemeinen Pflegeleistungen herausgerechnet wird, wie wir dies in unserem Entschließungsantrag fordern.

Hier können Sie das Video meiner Rede ansehen: <https://youtu.be/hGX1dQiLD9w>



Plenarwoche vom 09. bis 13. Oktober

Das waren Themen in dieser Sitzungswoche:

Unser Antrag: Bezahlkarten einführen – Sachleistungsprinzip konsequent umsetzen

Die aktuellen Flüchtlingszahlen bringen Deutschland an seine Belastungsgrenze. Die Kommunen sind mit der aktuellen Situation überfordert. Gleichzeitig nimmt die Akzeptanz der Bevölkerung für die Aufnahme weiterer Asylsuchender zunehmend ab. Die Unionsfraktion hat einen Antrag in den Bundestag eingebracht, mit dem die Anreize für eine ungesteuerte Migration nach Deutschland gesenkt werden sollen.

Die hohen Sozialleistungen für Asylbewerber sind ein Grund, der dazu beiträgt, dass übermäßig viele Asylsuchende einen Aufenthalt in Deutschland gegenüber einem Aufenthalt in einem anderen EU-Mitgliedsstaat bevorzugen. Um Anreize zu verringern, sollten Bargeldzahlungen von Leistungen so weit wie möglich vermieden werden. Sofern möglich, sollten deshalb Leistungen in erster Linie als Sachleistungen für die Leistungsberechtigten angeboten werden. Mit dem Antrag – der in erster Lesung beraten wurde – greift die Union deshalb einen Vorschlag aus dem Freistaat Bayern auf, für Bezieher von Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz eine bargeldlose Bezahlkarte einzuführen. Somit wird eine angemessene, praktikable und gerechte Balance zwischen Sach- und Geldleistungen geschaffen, die eine Basis für eine breite Akzeptanz in der Gesellschaft sein kann. Gleichzeitig wäre die Einführung einer solchen Bezahlkarte eine konsequente Weiterentwicklung des Sachleistungsprinzips. Eine Integration in die Gesellschaft wird durch die Bezahlkarte nicht behindert. Der Vorschlag findet auch breite Zustimmung: 69 Prozent der Deutschen sind laut einer INSA-Studie dafür, dass Asylbewerber eher Sach- statt Geldleistungen erhalten.

Der Antrag der Union: Arbeitsmarktintegration Schutzberechtigter voranbringen – gemeinnützige integrative Dienste einführen

In Deutschland leben in Folge der Asylzuwanderung über 1,5 Millionen Menschen mit humanitären Aufenthaltsrechten. Die Integration dieser und weiterer, zukünftig in Deutschland Schutz findender Menschen ist eine große Herausforderung. Ziel muss es sein, dass diese Schutzberechtigten am Ende des Integrationsprozesses in gleichem Maße am gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und kulturellen Leben teilhaben wie die einheimische Bevölkerung. In diesem Prozess nehmen der Spracherwerb und die Teilnahme am Ausbildungs- und Arbeitsleben eine herausragende Rolle ein. Sie sind Hauptmotoren für gelingende Integration. Hierfür bedarf es Förderungsangebote, aber auch eigener Anstrengung der neu in unserer Gesellschaft Ankommenden. Zum langfristigen Aufbau eines neuen Lebensmittelpunktes und zu der Teilhabe an der Gesellschaft gehört die erfolgreiche Teilnahme am Arbeitsleben. Auch wenn die Arbeitsmarktintegration von Menschen mit Fluchthintergrund Fortschritte gemacht hat, bleibt sie schwierig. Viele der Schutzberechtigten bleiben über Jahre auf staatliche Transferleistungen angewiesen. Das bestehende Integrationsprogramm des Bundes sieht bislang Integrations- und Sprachkurse sowie migrationsspezifische Beratungsangebote vor. Die CDU/CSU-Fraktion will dieses Programm so ergänzen, dass die tatsächliche Heranführung an den Arbeitsmarkt ein selbstverständlicher Bestandteil des Integrationsprozesses wird. Dafür braucht es einen niedrighwelligen und verpflichtenden Ansatz. Hierfür bieten sich gemeinnützige Tätigkeiten als regelmäßiger Bestandteil des Integrationskonzeptes an. Das Konzept sollte sich auf Personen mit rechtskräftig festgestelltem Schutzanspruch beschränken. Die Umsetzung sollte in Form von flexiblen

Modulen geschehen, die den Sprach- und Integrationskursen gleichgestellt sind. Die Module sollten in eine verpflichtende Beratung eingebettet werden. Bestehende Kenntnisse, Fertigkeiten und Interessen der Verpflichteten könnten so nach Möglichkeit berücksichtigt werden und damit die Erfolgswahrscheinlichkeit erhöhen. Integrative Dienste in Kommunen und sozialen Einrichtungen würden so vorhandene Potentiale aktivieren, Anreize zur Aufnahme einer regulären Tätigkeit oder Ausbildung bieten und zugleich einen konkreten Vorteil für unsere Kommunen erbringen. Die damit verbundene sichtbare Alltagsintegration würde nicht nur den Tätigen selbst nutzen, sondern auch etwaige Vorurteile in der Gesellschaft abbauen und mehr gelebte Gemeinsamkeit in den Kommunen vor Ort schaffen.

Plenarwoche vom 16. bis 20. Oktober

Das waren Themen in dieser Sitzungswoche:

Unser Antrag: Versorgung von Menschen in psychischen Krisen und mit psychischen Erkrankungen stärken

Unter meiner Federführung hat die Unionsfraktion in der letzten Oktober-Sitzungswoche einen Antrag zur Versorgung von Menschen in psychischen Krisen und mit psychischen Erkrankungen in den Bundestag eingebracht. In meiner Funktion als Berichterstatterin der Fraktion für Psychiatrie und Psychotherapie habe ich seit Beginn der Legislaturperiode in mehreren Kleinen Anfragen die Bundesregierung um Stellungnahme zu dem Thema gebeten. Aus den Antworten heraus formte sich nun dieser Antrag an die Bundesregierung, mit dem die Unionsfraktion eine klare Haltung zeigt und die Ampelkoalition dazu auffordert, ernsthaft Verbesserungen in der Versorgung von Menschen in psychischen Krisen und mit psychischen Erkrankungen zu erreichen.

Studien belegen, dass mittlerweile mehr als jeder vierte Erwachsene und fast jeder fünfte Minderjährige innerhalb eines Jahres an einer psychischen Erkrankung leidet. Alle Studien, die die gesundheitlichen Auswirkungen auf Kinder und Jugendliche durch die Corona-Pandemie untersucht haben, stellen eine erhöhte psychische Belastung von Kindern und Jugendlichen während der Pandemie fest und zeigen auf, dass sich auch drei Jahre nach Beginn der Pandemie deutliche Hinweise auf anhaltenden psychosomatischen Stress zeigen. Hinzu kommen die zahlreichen Krisensituationen. Frühzeitige Diagnostik und Versorgung von Menschen mit psychischen Erkrankungen sind zentral, um die psychische Gesundheit der Patientinnen und Patienten wiederherzustellen oder ihre psychischen Beschwerden zu lindern sowie Verschlechterungen des Gesundheitszustandes und Chronifizierungen zu verhindern. Psychische Erkrankungen führen mit durchschnittlich 48 Tagen im Jahr 2021 zu den längsten krankheitsbedingten Ausfällen und summierten sich auf insgesamt 126 Millionen Arbeitsunfähigkeitstage.

Die Unionsfraktion fordert in dem Antrag die Bundesregierung u. a. dazu auf, einen gesetzlichen Auftrag an den Gemeinsamen Bundesausschuss (G-BA) zu richten, um die Bedarfsplanung in der Psychotherapie weiterzuentwickeln. Eine weitere Forderung ist es, gemeinsam mit den Ländern und Kommunen intensive Anstrengungen zu unternehmen, um die psychische Krisen- und Notfallversorgung weiter auf- und auszubauen und

einheitliche Standards zur psychischen Krisen- und Notfallversorgung zu etablieren. Schließlich fordern wir die Bundesregierung auf, gemeinsam mit den Ländern sicherzustellen, dass auch in Zukunft eine ausreichende Zahl an Medizinerinnen und Medizinern für die Behandlung von Menschen mit psychischen Erkrankungen zur Verfügung steht.

Antrag Union: Agenda für Bürokratieabbau und bessere Rechtsetzung

Überbordende Bürokratie gefährdet den Wirtschafts- und Innovationsstandort Deutschland sowie das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in die Handlungs- und Leistungsfähigkeit unseres Staates. Deshalb braucht es jetzt dringend einen Durchbruch für echten Bürokratieabbau und für bessere Rechtsetzung. Die unionsgeführten Bundesregierungen haben den Bürokratieabbau in den vergangenen Legislaturperioden spürbar vorangetrieben. Mit den Bürokratieentlastungsgesetzen I-III haben sie in Milliardenhöhe Bürokratiekosten eingespart. Der Bürokratiekostenindex erreichte im Jahr 2021 seinen historischen Tiefstand. Seitdem steigt er aber durch die Politik der Ampel-Koalition wieder kontinuierlich an. Statt immer neuer Ankündigungen braucht es endlich Taten und neue strukturelle Ansätze. Die Unionsfraktion schlägt deshalb eine „Agenda Bürokratieabbau“ und konkrete Schritte zur Aufhebung unnötiger und überbordender Regulierung vor. Die Agenda umfasst als wichtigste Forderungen:

- Bürokratiebremse: Sofortige Rücknahme neuer gesetzlicher oder untergesetzlicher Bürokratiebelastungen, wenn eine bestimmte Bürokratiequote überschritten wird.
- „One in, two out“-Regel: Die erfolgreiche Bürokratiebremse „One in, one out“ wird zu einer „One in, two out“-Regel ausgeweitet.
- 1:1 Umsetzung von EU-Vorhaben: Bei der Umsetzung von EU-Recht in nationales Recht darf in Deutschland nicht über den europäischen Standard hinaus reguliert werden.
- Bürokratiestopp und Belastungsmoratorium auf EU-Ebene: Keine neuen bürokratischen Regelungen, bis die EU in Sachen Wettbewerbsfähigkeit ihren Rückstand auf ihre Hauptkonkurrenten im globalen Wettbewerb aufgeholt hat.
- Digitalcheck von Gesetzen: Der effiziente digitale Vollzug von Neuregelung (Digitaltauglichkeit) muss bei jeder Gesetzeserstellung von Anfang an mitgedacht und verbindlich geprüft werden.

Antrag der Union: Cannabislegalisierung stoppen, Gesundheitsschutz verbessern – Prävention und Forschung stärken

In der ersten Lesung zum Cannabis-Gesetzentwurf der Bundesregierung wurde deutlich, dass der Plan der Ampel, Cannabis zu legalisieren, viele Schwachstellen hat. Konkret soll vor allem privater Eigenanbau, gemeinschaftlicher, nicht gewerblicher Eigenanbau und die „kontrollierte“ Weitergabe von Konsumcannabis durch Anbauvereinigungen an Erwachsene zum Eigenkonsum ermöglicht werden.

Der Konsum von Cannabis hat oftmals schwerwiegende gesundheitliche Auswirkungen. Besonders gefährdet sind junge Menschen bis 25 Jahre, da bei ihnen die Entwicklung des Gehirns noch nicht abgeschlossen ist. Studien zeigen, dass intensiv Cannabis-Konsumierende häufiger die Schule abbrechen und ungünstigere Bildungsabschlüsse als Nicht-Konsumierende aufweisen. Die Pläne der Ampel werden zu einer Ausweitung des Cannabiskonsums und somit zu schweren gesundheitlichen Folgen führen – insbesondere für Kinder und Jugendliche. Sogar Bundesgesundheitsminister Lauterbach warnt vor den

Gefahren des Konsums. Hinzu kommt: Parallel zu den Legalisierungsplänen will die Ampel im Bereich der Suchtprävention im Bundeshaushalt 2024 um 4 Mio. Euro kürzen. Das macht die Hilflosigkeit des Gesundheitsministers offenkundig. Auch eine Entlastung der Justiz oder ein Zurückdrängen des Schwarzmarktes wird mit dem Gesetz nicht erreicht werden.

Die Unionsfraktion lehnt eine Legalisierung von Cannabis ab und hat einen Antrag „Cannabislegalisierung stoppen, Gesundheitsschutz verbessern – Aufklärung, Prävention und Forschung stärken“ in die parlamentarischen Beratungen eingebracht. Statt Legalisierung bedarf es einer verstärkten Prävention und Aufklärung über die Gefahren, die durch den Konsum von Cannabis entstehen können – insbesondere für Kinder und Jugendliche. Darüber hinaus kommen die von der Ampel geplanten Kürzungen bei der Prävention zum völlig falschen Zeitpunkt. Wir fordern: Prävention statt Legalisierung!

Unionsfraktion im Deutschen Bundestag legt Positionspapier zu Verbesserungen in der Pflege vor

Die CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag hat am 10. Oktober 2023 das Positionspapier „Die Pflege zukunftsfest machen“ beschlossen, um Antworten auf die drängenden Herausforderungen in der Pflege zu geben. An dem Positionspapier habe ich maßgeblich mitgewirkt. Die Situation in der Pflege ist in nahezu allen Versorgungsbereichen stark angespannt. Bereiche wie die Alten- und Krankenpflege, die pädiatrische Pflege oder auch die Pflege von geistig oder körperlich behinderten Menschen sind betroffen. Die Zahl der Pflegebedürftigen wird bis 2035 auf rund 5,6 Millionen Menschen ansteigen. Bereits 2040 könnte es über 6 Millionen Pflegebedürftige geben, während gleichzeitig rund 225.000 Stellen in der Pflege unbesetzt sein werden. Im Positionspapier der CDU/CSU-Bundestagsfraktion wird explizit das Modellprojekt der Caritas Hochrhein „Abrechnung nach Zeit“ (Ist-Zeit-Pflege) als innovatives Konzept genannt und gelobt. Das Konzept sei ein neuer Weg, um den Pflegedienst ‚pflegende Angehörige‘ durch passgenaue Hilfen im Sinne der Selbstbestimmtheit und Selbstständigkeit der Pflegebedürftigen zielgerichtet zu unterstützen. Ich freue mich, dass ich meine Kolleginnen und Kollegen inhaltlich davon überzeugen konnte, dass das Modellprojekt der Caritas Hochrhein flächendeckend für Pflegebedürftige und ihren Angehörigen als Option offenstehen sollte.

Im neuen Positionspapier der CDU/CSU-Bundestagsfraktion werden Lösungsvorschläge aufgezeigt, um die Situation zu verbessern. Darunter beispielsweise die Forderungen nach einem neuen Finanzierungsmix als Grundlage der Pflegeversicherung, einer Verbesserung der Arbeitsbedingungen in der professionellen Pflege, der Förderung von pflegenden Angehörigen oder dem Ausbau der wohnortnahen und bedarfsorientierten Pflege. Die Forderungen werden in den nächsten Wochen und Monaten zu parlamentarischen Initiativen ausgearbeitet. Für mich steht fest: Die aktuelle Lage, in der sich die Pflege befindet, gehört zu den drängendsten Herausforderungen in unserem Land. Als CDU/CSU-Fraktion stehen wir klar an der Seite der Pflege. Das, was das medizinische und pflegerische Personal sowie alle pflegenden Angehörigen leisten, ist nicht allein mit Dank und Anerkennung aufzuwiegen.



Parlamentarisches Frühstück zur Suizidprävention unter 25 Jahre [U25]

Beeindruckende Berichte von hochengagierten jungen Menschen auf meinem Parlamentarischem Frühstück zur Suizidprävention U25 (Unter 25 Jahren). Sie betreuen seit 2002 ehrenamtlich niederschwellig, anonym und online junge Menschen unter 25 Jahren, die sich in Krisen befinden und suizidgefährdet sind. Themen können Depressionen, Angstzustände, selbst verletzendes Verhalten, Essstörungen, Missbrauch, Suizidalität oder auch in Sorge befindliche Angehörige sein.

Die jungen Menschen berichteten über ihre Beweggründe, sich für Kinder, Jugendliche und Gleichaltrige zu engagieren, und schilderten ihre Erfahrungen und die Wirkung auf sich selbst.

In den letzten Jahren ist die Nachfrage nach Krisenhilfe um das Doppelte gestiegen. Der Ansatz [U25] ist erprobt und wissenschaftlich evaluiert. Standorte gibt es in Berlin, Biberach, Dortmund, Dresden, Emsland, Freiburg, Gelsenkirchen, Hamburg, Nürnberg, Paderborn und Münster. 2018 wurde U25-Online-Suizidprävention beim Children Jugend Hilft!-Wettbewerb. ausgezeichnet. [U25] ist Mitglied bei der Deutschen Gesellschaft für Suizidprävention e.V., im Nationalen Suizidpräventionsprogramm (Naspro). [U25] wurde zu Beginn der Jahrtausendwende vom Arbeitskreis Leben Freiburg e.V. begründet und musste aufgrund der hohen Anfragezahl im Verlauf eine größere Trägerstruktur etablieren.

Konkreten Handlungsbedarf gibt es, weil ein Teil der Finanzierung Ende 2024 ausläuft und die Befürchtung besteht, dass die Entscheidung über zu fördernde Maßnahmen im

Rahmen des zu erstellenden Suizidpräventionskonzepts zu spät kommt, um die Fortführung des [U25]-Beratungsangebots sicherzustellen.

Gemeinsam mit Kolleginnen und Kollegen im Bundestag habe ich übrigens den Parlamentskreis Suizidprävention gegründet, um das Gesetz zur Suizidprävention auf den Weg zu bringen. Ich freue mich, gemeinsam mit meinen engagierten Kolleginnen Kirsten Kappert-Gonther (Bündnis90/Grüne), Dirk Heidenblut (SPD), Kirsten Lütke (FDP) und Kathrin Vogler (Die Linke) seitens der Union zur Sprecherin gewählt worden zu sein. Der Sprecherkreis setzt sich damit aus Vertretern beider Anträge zur Sterbehilfe zusammen. Ein deutliches Signal, dass wir in der Suizidprävention an einem Strang ziehen.



**Großer Zuspruch:
Mein parlamentarischer Abend "Menopause"
mit tollen Gästen und Gesprächen**

Rund 90 tolle Frauen (und ein paar tolle Männer haben sich bei meinem Parlamentarischem Abend „Oh Meno - Frauen mittendrin: Warum wir über die Wechseljahre sprechen müssen!“ informiert.

Anlässlich des Welt-Menopause-Tages konnte ich hochkarätige Gäste auf dem Podium im Bundestag begrüßen, die die unterschiedlichen Facetten hochinformativ und humorvoll diskutierten:

Miriam Stein (Autorin), Dr. med. Sheila De Liz (Ärztin und Buchautorin), Idlikó von Kürthy (Schriftstellerin und Journalistin), Dr. Katrin Schaudig (Ärztin und Vorstandin Deutsche Menopausen Gesellschaft), Dorothee Bär MdB (Stellvertretende Vorsitzende CDU/CSU-Fraktion) und Dr. Georg Kippels MdB (Obmann Gesundheit der CDU/CSU-Fraktion).

Millionen Frauen befinden sich in Deutschland derzeit in der Menopause und leiden mehr oder weniger an den Symptomen. Trotzdem spielte bislang das Thema im öffentlichen Diskurs kaum eine Rolle.

In der Diskussion wurden folgende Handlungsfelder herausgearbeitet:

- Aufklärung der unterschiedlichen Zielgruppen über diese Lebensphase, um den Umgang mit der Menopause zu lernen und die Zeit „besser zu gestalten“
- Fortbildung von Fachkräften in medizinischen und anverwandten Berufen, ebenso stärkere Verankerung im Medizinstudium
- Forschungsformate, um „Wissen zu erzeugen“
- Beratung und Behandlung zur Menopause im Vergütungssystem abbilden
- Interdisziplinäre (auch digitale) Netzwerke für Frauengesundheit schaffen

Fazit der Diskussion: Es gibt noch sehr viel zu tun, um das Thema Menopause im gesellschaftlichen und politischen Diskurs stärker zu verankern und die Handlungsfelder mit Nachdruck politisch weiter voran zu treiben.



"Vorsorge und Vererben: Wie man finanziell für die Zukunft plant?"

Bei meiner 13. DialogWERKSTATT habe ich mit drei Expertinnen und Experten über das Thema: "Vorsorge und Vererben: Wie man finanziell für die Zukunft plant?" diskutiert. Meine fachkundigen Gäste waren diesmal:

- Moritz Kleiderman, Notar in Lörrach
- Stephan Karl Schultze, Wirtschaftsprüfer, Vizepräsident der IHK Hochrhein-Bodensee
- Dr. Inge Gräßle MdB, CDU, Mitglied im Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages

In der Diskussion wurde deutlich, dass sich die meisten Menschen nicht so gerne mit dem Thema Vorsorge und Vererben beschäftigen, es jedoch aufgrund der Komplexität und der Folgen wichtig ist.

Wie bei vielen anderen Dingen im Leben gilt auch in diesem Bereich: eine gute Vorbereitung ist enorm wichtig.

Meine Experten gaben den Gästen viele Tipps und Empfehlungen, z.B. über Vorsorge für Geschäftsunfähigkeit, Vorsorgevollmacht, Besonderheiten eines „Berliner Testaments“ als eine Variante eines sogenannten ordentlichen Testaments, Vorteile eines notariellen gegenüber eines privatschriftlichen Testaments, Versteuerung von Erbschaften auch von Betriebsvermögen, Freibeträgen, Belastungen bei der Erbschaftssteuer, steueroptimierten Nachlass, und, und, und.

Neues aus dem Wahlkreis



Meine Rede auf der Konferenz der Schweizer Grenzregionen anlässlich des 60. Jubiläums der Regio Basiliensis

Auf der Konferenz der Schweizer Grenzregionen anlässlich des Jubiläums der Regio Basiliensis war ich als Keynote Speakerin dabei. Auf der Konferenz trafen Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus den Grenzregionen zusammen, um über die Perspektiven und Voraussetzungen für eine erfolgreiche grenzüberschreitende Zusammenarbeit zu sprechen.

Die Schweiz teilt ihre 1.935 km lange Grenze mit Ländern: Deutschland, Frankreich, Italien, Liechtenstein und Österreich. 15 der 26 Kantone sind Grenzkantone. Mehr als 75 Prozent des nominalen Bruttoinlandprodukts werden in diesen Kantonen generiert. Mehr als die Hälfte der Schweizer Bevölkerung lebt in Grenzregionen. 391.000 Grenzgängerinnen und Grenzgänger arbeiten in der Schweiz, davon 15 Prozent aus Deutschland.

Die Grenzregionen sind daher essentiell für die Schweiz, aber auch für die jeweils angrenzenden Nachbarländer. Ich habe mit vielen praktischen Beispielen aus unserem Dreiländereck herausgestellt, dass Grenzregionen etwas ganz Besonderes sind und um die Bedeutung des jeweils anderen Partners auf die eigene Lebensqualität wissen. Diese Kooperationen haben ganz wesentlich zu wirtschaftlicher Dynamik, Wohlstand und Stabilität in unseren Regionen beigetragen.

Ich habe daher deutlich gemacht, dass es für diese Grenzregionen flexible Rahmenbedingungen, keine starre nationale Gesetzgebung und eine Laborumgebung geben muss.

Als Akteure, die sich oft jahrelang kennen, die im Kleinen und Großen Zusammenarbeit ausprobiert und Vertrauen erworben haben. Wir Grenzregionen könnten Experimentierfeld und schließlich Vorbild sein für bilaterale Verträge zwischen Europa und der Schweiz.



Intensive Gespräche in der Uniklinik Freiburg u. a. über die Situation in der Kinder- und Jugendpsychiatrie und der Notfallversorgung

Austausch mit Prof. Dr. med. Christian Fleischhaker, Ärztlicher Direktor, über die aktuelle Situation der Kinder- und Jugendpsychiatrie an der Uniklinik Freiburg: Der Behandlungsbedarf ist in den letzten Jahren enorm angestiegen. Die Behandlungskapazitäten entsprachen schon vor Corona in Südbaden nicht dem Krankenhausplan. Es braucht nun dringend neue Räume, sowohl in der Tagesklinik als auch stationär.

Weiter ging es im Austausch mit Prof. Dr. Dr. med. Rainer Schmelzeisen, stellvertretender leitender Ärztlicher Direktor, zur Thematik Qualität und Qualitätssicherung, und mit Prof. Dr. Dr. Melanie Börries, Leiterin des Instituts für Medizinische Bioinformatik und Systemmedizin, zur Thematik Digitalisierung.

Der Besuch der Neonatologie (Intensivstation für Neugeborene) und das Gespräch mit Prof. Dr. Hans Fuchs war emotional aufwühlend für mich. Zur Zeit wird eine schwierige politische Diskussion über Mindestmengen von Geburten unter 1.250g Geburtsgewicht in Kinderkliniken geführt. Entscheidend ist aus meiner Sicht der deutlich nachgewiesene Zusammenhang zwischen Leistungsmenge des Klinik-Geburtsteams und der Ergebnisqualität. Die kleinen Patientinnen und Patienten und ihre Mütter brauchen die bestmögliche Versorgung.

Prof. Dr. Hans-Jörg Busch, Leiter des Zentrums für Notfall- und Rettungsmedizin, hat uns das neue Triage-System vorgestellt und uns einen Überblick über die allgemeine Situation der Notfallversorgung gegeben, die Modellcharakter hat. Selbstständig ankommende Akutpatientinnen und -patienten werden bereits vor der formellen Anmeldung durch eine ausgebildete Intensivkrankenschwester mit Triage-Zusatzausbildungen eingeschätzt.

Danach wird entschieden, ob der Betroffene vom Uniklinik-Notfallzentrum oder vom

niedergelassenen Arzt im Uniklinikum behandelt wird. In den Räumlichkeiten des Uniklinikums befindet sich ein hausärztlich betriebenes Medizinisches Versorgungszentrum (MVZ), das von der Verwaltung der Uniklinik losgelöst ist.



Gitta Connemann MdB in Binzen zum Thema Mittelstand

Gitta Connemann MdB, Bundesvorsitzende der Mittelstands- und Wirtschaftsunion (MIT), sprach zum Thema: „Zukunft Mittelstand: Welche wirtschaftspolitischen Weichen müssen gestellt werden?“ Meiner Einladung waren rund 50 Teilnehmerinnen und Teilnehmer in den Binzener Rathaussaal gefolgt, die auch eifrig mit diskutierten.

Hintergrund ihres Vortrages und der Veranstaltung war die dramatische wirtschaftspolitische Bilanz der Ampel-Regierung: Aktuellen Prognosen zufolge wächst die Weltwirtschaft um voraussichtlich drei Prozent, während Deutschlands Wirtschaft um 0,3 Prozent schrumpft. „Die Ampel-Politik gefährdet unseren Wohlstand“, war von vielen Unternehmerinnen und Unternehmern zu hören.

Eine der größten Belastungen für Wirtschaft, Arbeitsplätze und Investitionen ist die ausufernde Bürokratie unseres Landes. Connemanns Aufforderung an die Regierung heißt deshalb: Stoppt alle neuen Gesetze, die Bürokratie verursachen!

Deutschland braucht spürbare Entlastung, vor allem für Gering- und Normalverdiener. Wer mehr arbeitet, muss auch mehr davon haben. Deshalb sollten Überstunden ab sofort steuerfrei bleiben. Zudem soll ein Bürokratie-TÜV die überbordende Bürokratie erkennen und vor allem junge Unternehmer vor existenzbedrohender Bürokratie schützen.

Außerdem sollten die Sozialabgaben bei 40 Prozent gedeckelt und Überstunden und Arbeiten im Rentenalter steuerbefreit werden.

Augenblicke



... auf dem Bürgerfest in Hamburg anlässlich des Tags der Deutschen Einheit präsentierte sich mein Bundesland Baden-Württemberg auch mit dem „The Länd“-Maskottchen ... politischer Stadtrundgang der CDU Kandertal mit Bürgermeisterin Simone Penner. Themen: Rathaussanierung, Gestaltung der Innenstadt und Ausbau der Kita-Plätze ...



... unter dem Titel „Reha - Teil der Lösung!“ fand in Stuttgart die Tagung der Baden-Württembergischen Krankenhausgesellschaft (BWKG) statt, an der ich auf dem Podium über die Zukunft der Rehabilitation diskutiert habe ... spannende Diskussion in Berlin beim großen Jugenddialog für Kinder- und Jugendgesundheit des Deutschen Kinderhilfswerks zu den Themen psychischer Gesundheit im Schulkontext und Gesundheitskompetenz von jungen Menschen ...



... Schülerinnen und Schüler der Realschule Dreiländereck aus Weil am Rhein informierten sich in Berlin über meine Tätigkeit als Abgeordnete im Bundestag und im Wahlkreis ... eine Gruppe aus meinem Wahlkreis zu Besuch in der Bundeshauptstadt ...



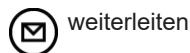
... auf dem Bezirksparteitag der CDU Südbaden bin ich zur Beisitzerin im Bezirksvorstand und als Delegierte zum Bundesparteitag gewählt worden ... einen Nistkasten als Symbol für nachhaltige Politik habe ich von meinen MdB-Kollegen Felix Schreiner und Steffen Bilger überreicht bekommen. Diesen Nistkasten werde ich meinem Garten in Lörrach anbringen ...

Wenn Sie mehr zu meinen Terminen wissen wollen,
dann folgen Sie mir gerne auf Social Media!
Selbstverständlich dürfen Sie diesen Newsletter auch gerne an interessierte
Personen weiterleiten.

Meine nächsten Termine (Auswahl):

Donnerstag, 02. November: Hospitanz in der Fachstelle Sucht und Suchthilfe-
Drehscheibe

Freitag, 03. November: Besuch der Flüchtlings-Zelt-Unterkunft in Steinen
Freitag, 03. November: Plenarversammlung des trinationalen Districtsrates, Kurbrunnensaal Rheinfelden (CH)
Samstag, 04. November, 15 Uhr: Ortsrundgang in Binzen mit der CDU Kandertal und Bürgermeister Andreas Schneucker
06. November bis 10. November: Plenarwoche Bundestag Berlin
Sonntag, 12. November: Teilnahme am feierlichen Gelöbnis des Bundesministeriums für Verteidigung, Bendlerblock in Berlin
13. November bis 17. November: Plenarwoche Bundestag Berlin
Samstag, 18. November: CDU-Landesparteitag Stadthalle Reutlingen
Sonntag, 19. November: Rede beim Volkstrauertag in Weil am Rhein
Montag, 20. November: Besuch der Bundespolizei Lörrach/Basel mit Innenminister Thomas Strobel
Mittwoch, 22. November: Zum bundesweiten Vorlesefest im Kinderhaus in Efringen-Kirchen
Mittwoch, 22. November: Kreistag Lörrach
Donnerstag, 23. November: Jubiläumsveranstaltung 20 Jahre „Nur Mut“ von Tempus Fugit
27. November bis 01. Dezember: Plenarwoche Bundestag Berlin
Donnerstag, 30. November: Digitale DialogWERKSTATT zum Thema: Leben mit der chronischen Krankheit Lymph- und/oder Lipödem - Therapie "Kompression" oder "Liposuktion"?!



Impressum

Diana Stöcker MdB
Platz der Republik 1
11011 Berlin

diana.stoecker@bundestag.de

